

Aschaffenburg, 28.4.2017

Gemeinsamer Antrag aus den Reihen des Aschaffener Stadtrates von den Mitgliedern der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, UBV, KI und ÖDP

STADT ASCHAFFENBURG				
EINGANG				
28. APR. 2017				

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Wir beantragen im Plenum am 8.5.2017 folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Aschaffener Stadtrat spricht sich gegen Abschiebungen nach Afghanistan aus.
2. Auf allen Ebenen setzt sich die Stadt Aschaffenburg dafür ein, dass alle Geflüchteten Zugang zu Integrationsleistungen, zu Sprachkursen, Ausbildung und Arbeit auch während des laufenden Asylverfahrens erhalten.
3. Die Stadt Aschaffenburg setzt sich für eine konsequente Umsetzung der „3 plus 2“-Regelung aus dem Bundesintegrationsgesetz auch in Bayern ein, die Geflüchteten in Ausbildung und Arbeitgebern mehr Rechtssicherheit bietet.

Begründung:

Der letzte Afghanistan-Bericht des hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen stellt fest, dass „das gesamte Staatsgebiet Afghanistans von einem innerstaatlichen bewaffneten Konflikt im Sinne des Art. 15c der EU-Qualifizierungsrichtlinie betroffen“ sei.

Die dauernden Terroranschläge, bei denen auch ein kürzlich „zurück geführter“ Flüchtling verletzt wurde, zeigen ganz klar: Afghanistan ist nicht sicher. Die Zahl von in Afghanistan getöteten Menschen stieg 2016 auf einen neuen Höchststand von 11.418 Menschen, darunter 3.512 Kinder. Trotz dieser lebensgefährdenden Verhältnisse wurden unterdessen Sammelabschiebungen aus der Bundesrepublik Deutschland nach Afghanistan vollzogen, darunter waren besonders viele afghanische Flüchtlinge aus Bayern.

für die SPD	Wolfgang Giegerich
für Bündnis 90/die Grünen	Stefan Wagener
für die UBV	Lothar Blatt
für die Kommunale Initiative	Johannes Büttner
für die ÖDP	Bernhard Schmidt